

Holm-Detlev Köhler

Asturien: Barrikaden vor ausgehenden Lichtern

Anmerkungen zu einem Forschungsprojekt in einer altindustriellen Region¹

Der malerische Fischerhafen von Gijón, der größten Stadt Asturiens, ist heute ein Yachthafen, auf der gegenüberliegenden Seite der Bucht rosten die Kräne der alten, längst geschlossenen Werften ihrer Verschrottung entgegen. An ihrer Stelle soll ein zweiter Stadtstrand angelegt werden. Im Bergbautal Nalón sind noch acht Leute mit der technischen Abwicklung der geschlossenen Grube „San Mamés“ beschäftigt. Ihre überirdischen Gebäude werden in ein Zentrum für Drogenabhängige umgebaut. Für die Nachbargrube ist eine Champignon-Zucht geplant, gedeihen Pilze doch hervorragend in den alten Grubenschächten. Aus dem Nalón-Fluß selbst, jahrzehntelang eine dreckige Kloake, wurde kürzlich wieder die erste Forelle gefischt. Die angelnden frühverrenteten Bergleute kehren so zu den Tätigkeiten ihrer Vorfahren zurück und blicken dabei auf das dominante Bauwerk des Tals: das frisch eröffnete Bergbau-Museum.

Der sogenannte „Strukturwandel“, der in Asturien zur Zerstörung der gesamten industriellen Infrastruktur auszuwachsen droht, gegenüber der die kleinen Wachstumspflänzchen im Nahrungsmittel- und Dienstleistungsbereich nur den berühmten Tropfen auf einen glühenden Stein abgeben, hätte fast etwas Idyllisches, wären da nicht die verzweifelten Menschen in ihrem Verteidigungskampf. Seit vielen Jahren gehören Streiks, Demonstrationen, Betriebsbesetzungen und Barrikaden zum Alltag dieser altindustriellen Region „en declive“ (im Niedergang).

Die Region Asturien

Asturien liegt an der spanischen Nordküste, nach Süden hin durch die Cordillera Cantábrica, den nordspanischen Gebirgszug, geographisch und klimatisch von der übrigen Halbinsel getrennt. Die 1,1 Mio. Einwohner zählende Region gehört nach Katalonien und dem Baskenland – mit letzterem seit dem 19. Jahrhundert wirtschaftlich verbunden – zu den wenigen relativ früh industrialisierten Regionen Spaniens. Wirtschaftlich, sozial und räumlich gliedert sich Asturien in deutlich voneinander abgetrennte Gebiete:

Das wirtschaftliche und politische Zentrum bildet ein Dreieck aus der Hauptstadt Oviedo (180.000 Einw.) und den Industrie- und Hafenstädten Gijón (260.000 Einw.) und Avilés (90.000 Einw.). Zwischen diesen verkehrsmäßig gut verbundenen Städten

1 "Auswirkungen des Strukturwandels und regionalpolitische Perspektiven in altindustriellen Regionen am Beispiel Asturien/Nordspanien.", durchgeführt am Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum.

liegen die Industriegebiete und kleinere Städte; hier leben über 60% der asturianischen Bevölkerung.

Südlich von diesem „triangulo central“ graben sich die beiden zentralen Steinkohlebergbautäler entlang den Flüssen Caudal und Nalón in das Gebirge, deren Bevölkerung – direkt oder indirekt – fast ausschließlich von den staatlich betriebenen Zechen lebt. Neben diesen beiden Tälern gibt es vereinzelte Stein- wie Braunkohlezechen in den umliegenden Gebirgen. Westlich und östlich erstrecken sich die Gebirgszüge, deren Bevölkerung von rückständiger Minifundienlandwirtschaft lebt. Diese Gebirgszonen sind in jeder Hinsicht als unterentwickelt zu bezeichnen. An der Küste hat sich in den letzten Jahren an zahlreichen Stränden der Tourismus stark entwickelt, obwohl das Klima regnerisch und rau und die Saison auf maximal zwei Monate (Juli/August) begrenzt ist. In vielen Buchten findet man malerische Fischerdörfer.

Politisch bildet Asturien eine von 17 sogenannten Comunidades Autónomas (Autonome Gemeinschaften, vergleichbar den deutschen Bundesländern), die sich in zwei Gruppen untergliedern. Die sog. Historischen Comunidades Autónomas (Andalusien, Baskenland, Galizien, Katalonien) erhielten gemäß Art. 151 der Spanischen Verfassung sofort nach der Verabschiedung ihrer Autonomiestatute zu Beginn der 80er Jahre weitgehende Selbstverwaltungsrechte, während die anderen gemäß Art. 143 erst schrittweise mit eigenen Kompetenzen ausgestattet werden. So ist die Finanzierung der Regionen ein bis heute umstrittenes und ungeklärtes Kapitel der spanischen Regionalverfassung. Aufgrund der starken Verankerung der Arbeiterbewegung wird Asturien seit seiner regionalen Autonomie 1982 von der Sozialistischen Partei PSOE (Partido Socialista Obrero Español) regiert, seit dem Verlust der absoluten Mehrheit 1989 mit wechselnden Bündnispartnern. Kurze Zeit kam es zu einer Zusammenarbeit mit der linken Wahlkoalition Izquierda Unida (Vereinigte Linke), welche von der Kommunistischen Partei Asturiens dominiert wird. Seit 1992 liefert die kleine Zentrumsparterie die für den PSOE zur regierungsfähigen Mehrheit notwendigen Stimmen im Parlament.

Historische Hintergründe des Strukturwandels

Historisch blieb die Industrialisierung Asturiens im 19. Jahrhundert unvollständig und abhängig. Die Stahlindustrie wanderte gegen Ende des 19. Jahrhunderts in das Baskenland ab und reduzierte die Region zum Kohlelieferanten. Technik und Kapital kamen immer von außerhalb und die Industrie blieb auf die Produktion von Grundstoffen beschränkt, die zur Weiterverarbeitung abtransportiert wurden. Die asturianische Kohle war aufgrund der geologischen Bedingungen hinsichtlich Preis und Qualität nie international konkurrenzfähig und immer auf staatlichen Protektionismus angewiesen. So gesellte sich die Abhängigkeit vom Staat als weiteres Spezifikum der Region zum Dualismus von marginaler Landwirtschaft und industrieller Monokultur im Zentrum.

Die aktuelle Wirtschaftsstruktur Asturiens ist ein Produkt der Politik des Franco-Regimes in der Autarkiephase (1939-59). Unter dem Druck internationaler Isolation

wurde die asturianische Kohle zum strategischen Sektor und entsprechend staatlich autoritär entwickelt. Allein durch extensive Ausbeutung der Arbeitskraft ohne technische und soziale Verbesserungen wurde die Produktion enorm gesteigert und den Kohletälern wurden Arbeiter aus anderen spanischen und portugiesischen Regionen zugeführt. Die asturianische Kohleproduktion erreichte Ende der 50er Jahre ihren Höchststand. Die privaten Kohlegesellschaften machten bei staatlich garantierten Preisen (weit über internationalem Niveau) und Löhnen (weit unter europäischem Niveau) gute Gewinne, ohne in die Modernisierung ihrer Anlagen zu investieren und zerstörten dabei die ökologische und urbane Landschaft der Bergbautäler.

Die zweite strategische Entscheidung des Franco-Regimes war die Wiederansiedlung der Stahlindustrie mit dem Bau von ENSIDESA (Empresa Nacional Siderometalúrgica S.A.). 1957 nahm das neue Werk in Avilés die Produktion auf und expandierte im Rahmen der allgemein günstigen Stahlkonjunktur in den folgenden Jahren rasch. Demgegenüber wirkte sich die wirtschaftliche Öffnung Spaniens in den 60er Jahren negativ auf die private Stahlindustrie aus, die sich der ausländischen Konkurrenz nicht gewachsen zeigte. Der Staat sah sich zur Intervention gezwungen und führte unter Aufsicht des Nationalen Industrie-Instituts INI (Instituto Nacional de Industria) die drei großen privaten Stahlunternehmen Asturiens Duro-Felguera, Moreda und Fábrica de Mieres 1966 zur UNINSA (Unión de Siderúrgicas Asturianas) mit Sitz in Gijón zusammen. 1973 wurde UNINSA verstaatlicht und mit ENSIDESA fusioniert.

Die wirtschaftliche Öffnung Spaniens seit dem Stabilisierungsplan 1959 modifizierte die ökonomische Struktur Asturiens. Sie zerbrach den Kohle-Stahlkomplex in eine bipolare Industriestruktur. Die Stahlindustrie wanderte aus den Bergbautälern ab an die Küste, um fortan die billige Importkohle zu verarbeiten. Die einheimische Kohleindustrie befindet sich seither in einer Dauerkrise und Abhängigkeit von staatlichen Subventionen und garantierten Abnahmen der Elektrizitätswirtschaft. 1967 gründete das INI die Steinkohlegesellschaft Hulleras del Norte S.A. (HUNOSA) und kaufte zu überhöhten Preisen die überwiegend maroden Privatzechen Asturiens auf. Trotz erheblicher Investitionen konnte HUNOSA seit Bestehen nie gewinnbringend arbeiten und die Produktionskosten lagen weit über den Preisen für Importkohle. Auch die Stahlindustrie befand sich – wie bereits erwähnt – in Gestalt der ENSIDESA überwiegend in staatlichem Besitz, orientierte sich jedoch am internationalen Markt. Das INI, welches neben ENSIDESA und HUNOSA noch weitere Industriebetriebe in Asturien unterhält (vor allem Werften und Rüstungsbetriebe), wurde zum alles beherrschenden Industriegiganten der Region. An dieser Struktur hat sich bis heute im Wesentlichen nichts mehr geändert.

Vorläufig resümierend kann man an dieser Stelle drei grundlegende Charakteristika der asturianischen Wirtschaft festhalten:

- Die Spezialisierung auf zwei traditionelle Industriesektoren (Kohle und Stahl), die sich räumlich wie ökonomisch auseinanderentwickelt haben.
- Die weitgehende Verstaatlichung der Industrie und darüber hinaus die Abhängigkeit von staatlicher Intervention zur Sicherung der wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit.

- Die Reduktion des privaten Unternehmertums auf Klein- und Zulieferbetriebe im Schatten des INI.

Die Rolle des privaten Unternehmertums in Asturien unterscheidet sich von anderen altindustriellen Regionen und begründet eine besondere Schwäche. Die Industrialisierung im vergangenen Jahrhundert erfolgte zum überwiegenden Teil durch auswärtige (englische, belgische, baskische) Kapitalgesellschaften. Diese Außenabhängigkeit wurde unter dem Franco-Regime ergänzt durch Staatsbetriebe in strategisch wichtigen Sektoren. Neben Kohle und Stahl gehören dazu auch die Rüstungsbetriebe, weitere metallische Grundstoffe wie Aluminium und Zink sowie die Werften. Die privaten Unternehmer nutzten den staatlichen Schutz vor ausländischer Konkurrenz und fordernden Gewerkschaften zu extensiven Gewinnen, ohne diese in die Modernisierung ihrer Unternehmen zu reinvestieren. Als sich Spaniens Wirtschaft schrittweise den internationalen Märkten öffnete, zog sich das private Kapital zurück und verkaufte zu schmeichelhaften Freundschaftspreisen an den Staat. Dieser verwaltet seither den maroden Kern der asturianischen Wirtschaft.

Weitere Resultate dieser unkontrollierten Industrieentwicklung nach den Kriterien einer Unternehmerschaft, die nach Asturien kam, um zu holen solange etwas zu holen war, ohne etwas anderes als Müll und Industrieruinen zu hinterlassen, sind eine stark geschädigte Umwelt, unsoziale urbane Strukturen und eine mangelhafte Infrastruktur. Der Wirtschaftsverkehr lief fast ausschließlich über die Häfen von Gijón, Avilés und San Estéban de Pravia. Der Rest der Region blieb unerschlossen, ohne Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen, und Asturien ist bis heute unzureichend mit dem übrigen Spanien verbunden. Die Industriestädte bestehen vor allem aus kasernenartigen Wohnblocks, durchzogen von engen Straßenschluchten ohne Erholungszonen und Sozialeinrichtungen. Die Flüsse sind hochgradig verschmutzt und in den Kohlegebieten lagern riesige Halden nie entsorgter Abfallprodukte. Dies alles bildet eine belastende Erbmasse bei den Versuchen, attraktive Zukunftsalternativen für die Region zu entwickeln.

Damit ist die sozioökonomische Grundstruktur der asturianischen Zentrumsregionen herausgearbeitet, und es bleiben ein paar abschließende Bemerkungen zu den östlichen und westlichen Gebieten, die hinsichtlich Wirtschaftskraft und Bevölkerungsanzahl nur marginale Bedeutung haben, obwohl sie den weitaus größten Teil des asturianischen Territoriums bilden. Die Küste wird vorwiegend durch die Fischerei geprägt, zu der in den letzten Jahren der Tourismus getreten ist. Die bis an die Küste heranreichenden parallel verlaufenden Gebirge verblieben in einem vormodernen Zustand. Die kleinen landwirtschaftlichen Familienbetriebe konzentrierten ihre Aktivitäten im Verlaufe dieses Jahrhunderts immer ausschließlicher auf Rinderzucht und Milchwirtschaft, so daß auch die Landwirtschaft Asturiens monokultiven Charakter bekam. Ihre Produktivität hinkt weit hinter der europäischen hinterher, die Weiterverarbeitungsanlagen und Schlachthöfe entsprechen kaum internationalen Standards. Aufgrund der ständigen Abwanderung fehlt der überalterten Landbevölkerung die Modernisierungsdynamik, und auch die EG-Integration verspricht allenfalls Stilllegungsprämien. Die peripheren Regionen Ost- und Westasturiens akzentuieren somit das generelle depressive Panorama der Region. Im Gegensatz zur Arbeiterkultur des industriellen Zen-

trums und der Verwaltungsmentalität der Haupt- und Universitätsstadt Oviedo dominiert hier eine traditionelle konservative Einstellung ohne starke politische Artikulationsfähigkeit.

Die sozialen Akteure

Asturien nahm in der zweiten Phase des Franco-Regimes, die durch einen bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung und eine Abnahme unmittelbar gewaltsamer Unterdrückung gekennzeichnet war, seine Tradition einer starken Arbeiterbewegung wieder auf. Sowohl Kommunisten, die den Kern des antifranquistischen Widerstandes bildeten, wie Sozialisten, die weniger als aktive Bewegung denn als historische Erinnerung überlebten, haben in Asturien eine ihrer Hochburgen. In den 60er Jahren wurden die Streikbewegungen in den asturianischen Minen zum Ausgangspunkt der sogenannten „Neuen Spanischen Arbeiterbewegung“ um die Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras). Da sich gleichzeitig das private Kapital aus der Region zurückzog und dem Bürgertum so die Kraft zur Herausbildung starker politischer Organisationen fehlte, wurden die linken Parteien und Gewerkschaften zu den dominanten sozialen Akteuren im Demokratisierungsprozeß.

Die Unterordnung der Sozialisten und Kommunisten unter ihre zentralistischen Führungen sowie das Fehlen einer starken regionalistischen Bewegung beließen Asturien im Prozeß der politischen Regionalisierung Spaniens in einer unbedeutenden Rolle. Dies stellt einen weiteren Nachteil gegenüber anderen Industrieregionen wie dem Baskenland und Katalonien dar. Diese politische Handlungsschwäche wird durch die interne Polarisierung und Fraktionierung der Parteien und Gewerkschaften noch verstärkt. Zu der wirtschaftlichen gesellte sich in der Demokratie auch die Ineffizienz der regionalen Administration, die unkoordiniert und verspätet auf den regionalen Niedergang reagierte und sich dabei den Entscheidungen des Zentralstaates allzu bereitwillig unterordnete.

Zu den weitaus aktivsten Akteuren wurden in Asturien die Gewerkschaften. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Asturien ist der mit Abstand höchste Spaniens. Die sozialistische UGT konnte dabei den enormen Vorsprung der kommunistisch geprägten Arbeiterkommissionen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre erstaunlich schnell aufholen, wobei sich beide Gewerkschaften bis zum Ende der 80er Jahre heftig bekämpften. Zwei Spezifika prägen die asturianische Gewerkschaftsbewegung im Unterschied zum übrigen Spanien:

- Die sozialistischen wie kommunistischen Eliten wechselten nicht in die Politik, sondern verblieben in den Gewerkschaften, wodurch die Stellung der Gewerkschaften gegenüber den Parteien dominant blieb.
- Die asturianische Arbeiterschaft ist äußerst mobilisierungsbereit und Teile von ihr neigen zu sehr radikalen bis gewaltsamen Aktionen, wie die zahlreichen Streiks, Straßenkämpfe, Blockaden, Besetzungen etc. der letzten 20 Jahre belegen.

Die Stärke der Gewerkschaften zwang den spanischen Staat, Asturien einen bis heute steigenden Soziallohn in Form von Subventionen, Frührenten und Förderprogrammen

verschiedenster Art zukommen zu lassen, wodurch eine rasante Verarmung verhindert wurde. Gewerkschaften sind jedoch schon aufgrund ihrer Mitgliederbindung alleine nicht in der Lage, neue Zukunftsperspektiven zu erarbeiten. Stattdessen ist der Erhalt bestehender Arbeitsplätze und der Schutz traditioneller Sektoren die alles dominierende Handlungsmaxime. Die Besetzung führender Positionen in der Verwaltung und den Staatsbetrieben mit gewerkschaftsnahen Personen erwies sich zudem als ungeeignete Strategie zur Dynamisierung verbürokratisierter Apparate. Die Kräftekonstellation aus schwachen Wirtschaftsverbänden, ineffizienter Verwaltung, untergeordneten politischen Parteien und starken Gewerkschaften ermöglicht so recht erfolgreiche soziale Abwehrkämpfe, verhindert aber eine Erneuerung der Wirtschafts- und Sozialstruktur. Andere soziale Akteure wie Bürgerbewegungen oder kirchliche Gruppen erlangten in Asturien nur in einzelnen Gemeinden oder punktuellen Situationen Bedeutung. Auffällig ist auch hier die Nähe zu den Forderungen der Arbeiterschaft, so z. B. die Unterstützung von regionalen Generalstreiks durch Kirchengemeinden oder Verbänden des Einzelhandels. Angesichts der Zuspitzung der Krise zu Beginn der 90er Jahre und des veränderten politischen Klimas – insbesondere des Gegensatzes zwischen sozialistischer Partei und sozialistischer Gewerkschaft sowie des Bedeutungsverlustes der kommunistischen Partei – kam es zu einer vorsichtigen Annäherung der beiden Gewerkschaften und zu dauerhaften Aktionseinheiten. Derzeit wiegt die Spaltung zwischen Metall- und Bergarbeiterverbänden innerhalb von UGT und Arbeiterkommissionen schwerer als diejenige zwischen den beiden Richtungsgewerkschaften.

Einige Daten zur Krise

Praktisch alle Indikatoren sozialer und ökonomischer Art verweisen auf einen relativen Niedergang Asturiens im spanischen und europäischen Kontext mit einer signifikanten Ausnahme: dem verfügbaren Familieneinkommen. Die Arbeitslosenrate übersteigt die 20 %-Marke und gerät insgesamt in Spanien außer Kontrolle, bei der Jugendarbeitslosigkeit (ca. 40 %) und den Langzeitarbeitslosen liegt Asturien ganz an der Spitze. Unter diesen Bedingungen entwickelte sich Asturien in den 80er Jahren zur Auswanderungsregion und verlor fast 40.000 Einwohner. Da seit 1985 auch die Sterberate übersteigt, nimmt der Altersdurchschnitt deutlich zu. Abgeschlagen liegt die Region beim Außenhandel, wo es mit ENSIDESA und Asturianas de Zinc praktisch nur zwei Exporteure gibt, ebenso wie bei den Auslandsinvestitionen. Von den ausländischen Direktinvestitionen in Spanien im ersten Halbjahr 1993 flossen 44 % nach Madrid und knapp 20 % nach Katalonien, aber nur insignifikante 0,06 % nach Asturien, das vor dem benachbarten Kantabrien den vorletzten Platz belegt.

Die Zahl der Beschäftigten sank von 1980 bis 1993 um 59.000 auf einen Stand von 383.000 und liegt heute unter derjenigen von Rentnern und Arbeitslosen zusammen genommen. Asturien hat die niedrigste Aktivitätsrate Spaniens und eine der niedrigsten Westeuropas, so daß auf einen Sozialversicherungsempfänger gerade 1,3 Beitragszahler entfallen. Das trotzdem konstante verfügbare Einkommen hat somit einen klar definierbaren Grund: die guten Renten und Sozialpläne. Öffentliche Renten- und

Unterstützungsleistungen machen etwa 20 % des regionalen Einkommens aus. Der starken gewerkschaftlichen Organisation ist es zu verdanken, daß ein erheblicher Teil der asturianischen Frührentner – es handelt sich um die Beschäftigten der großen staatlichen Industrieunternehmen – mit vollem Nettolohn ab 48 Jahre im Bergbau und kaum älter in der Stahl- und Werftindustrie in den Ruhestand gehen. Dies bedeutet, daß die soziale Krise der ökonomischen hinterherhinkt und ihren Höhepunkt noch lange nicht erreicht hat.

Den 50.000 in den 80er Jahren verlorengegangenen Arbeitsplätzen steht seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre ein kaum noch überschaubares Sammelsurium von Reindustrialisierungsprogrammen und -institutionen (Vermittlungs-, Beratungs-, Risikokapital-, Regionalförderungs- und weitere Gesellschaften) gegenüber, die mit einer Subventionssumme von 41 Mrd. Pts. (ca. 600 Mio. DM) – die entsprechende Gesamtinvestitionssumme betrug 215 Mrd. Pts. (ca. 2,7 Mrd. DM) – gerade 4.437 neue Arbeitsplätze schufen und daneben zum Erhalt einiger weiterer beitrugen. Im Verlauf der Programmdurchführung läßt sich ein Strategiewandel zu Beginn der 90er Jahre feststellen. Die 80er Jahre waren durch Versuche gekennzeichnet, ausländische Großinvestitionen multinationaler Unternehmen anzuziehen. Dies ist mit einer großen – dem Bau eines Unternehmenskomplexes des US-amerikanischen Chemie-Giganten Du Pont – und einer kleinen Ausnahme – dem Bau einer Rolltreppenfabrik durch Thyssen – gescheitert. Symbol dieses Scheiterns war der Rücktritt der Regional-Regierung Vigil im Frühjahr 1993 nach dem sogenannten „petromocho“. Die Regierung war auf einen windigen Unterhändler hereingefallen, der vorgab, eine Großinvestition einer saudiarabischen Bank zu vermitteln. Nach monatelangen Verhandlungen und öffentlichen Erfolgsmeldungen erwies sich das Projekt als Luftschloß, von der kein saudiarabischer Bankier oder Regierungsvertreter irgendetwas wußte. Inzwischen versucht man, mittlere und kleine einheimische Unternehmen zu fördern, was jedoch unter den gegebenen Bedingungen nur begrenzte Wirkung haben kann. Die marginale Lage, infrastrukturelle Defizite und vor allem das Fehlen einer asturianischen Unternehmerschaft außerhalb des Schattens der großen Staatsbetriebe lassen selbst günstige Förderprogramme verpuffen.

Von besonderer Bedeutung für die Region sind unter diesen Bedingungen nach wie vor die beiden großen Staatsbetriebe HUNOSA und ENSIDESA. Beide werden durch den gestiegenen Subventionsbedarf infolge unkontrollierbarer Verluste und Wettbewerbsschwäche auf den internationalen Märkten sowie durch die verschärften Förderrichtlinien der EG zu weiteren drastischen Kapazitäts- und Personalreduzierungen gezwungen. Damit entfällt stückweise die soziale Matratze, auf der sich die krisengeschüttelte asturianische Ökonomie seit Jahrzehnten immer wieder ausruhen konnte, ohne dabei neue Kraft zu tanken.

Zu einigen Forschungshypothesen.

Die Strategie unseres Forschungsteams konzentriert sich auf die exemplarische Untersuchung einzelner Betriebe und Stadtteile bzw. Gemeinden. Die Beschaffung und Aufarbeitung der benötigten Hintergrundinformationen über die historische, sozioökonomische und politische Entwicklung der Unternehmen, Kommunen und der Region, die sozialen Konflikte, den Ablauf des Strukturwandels und die Versuche zu dessen Abfederung bzw. Bewältigung stützte sich oftmals aufgrund einer kaum vorhandenen systematischen Literatur auf die Auswertung von Dokumentations- und Archivmaterial sowie auf Expertengespräche. Den Schwerpunkt des Projektes stellen die mittels gemischter Interviewformen (qualitative offene Experteninterviews, Gruppendiskussionen und Fragebögen) durchgeführten Erhebungen in ausgewählten Stadtteilen der Industriestadt Gijón, im Bergbautal Turón sowie in den beherrschenden staatlichen Großunternehmen ENIDESA (integrierte Stahlproduktion) und HUNOSA (Steinkohlebergbau) dar. Ergänzungen bilden zum einen kleinere Erhebungen in den beiden Werken multinationaler Konzerne Suzuki (Mopedfabrik) und DuPont (Chemiefasern), die hinsichtlich Arbeitsbedingungen und -anforderungen, Unternehmenspolitik und Rückwirkungen auf die regionale Wirtschaftsstruktur (z.B. Just-in-Time-Zulieferer) einen deutlichen Kontrast zur altindustriellen Montanindustrie darstellen. Zum anderen beleuchten Interviews mit Repräsentanten wichtiger sozialer Akteure in der Region (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Bürgerinitiativen, Parteien, Regionalverwaltung, Universität) die übergeordnete Ebene der Regionalförderung und -politik, die von Zersplitterung und einer Vielzahl von Institutionen geprägt ist. Ziel ist hierbei eine kritische Analyse der bisherigen Förderungsstrategien, die Leitlinien für eine erfolgreichere zukünftige Strukturpolitik liefern könnte.

Den zentralen Forschungsgegenstand bilden die sozioökonomischen Veränderungen infolge des Strukturwandels in der krisengeschüttelten Region: Die Orientierung an der Erfahrungswelt einer krisengeschüttelten Bevölkerung, die sich dem Verlust ihrer Zukunftsperspektiven gegenüberstellt, führt uns zu dem Vergleich unterschiedlicher Krisenwahrnehmung und -verarbeitung der einzelnen sozialen Gruppen und Generationen. Interviews mit Jugendlichen und Rentnern (incl. vieler Frührentner) kontrastierten solche mit Beschäftigten und ihrer Familien. Die detaillierte Auswertung der Interviews steht noch aus, doch lassen sich aus der bisherigen Arbeit und dem Studium der Dokumente und Archive einige Leitlinien für die weitere Forschung formulieren. Blickt man zunächst auf die familiären Strukturen, so läßt die Tatsache eines relativ guten Familieneinkommens, welches meist ausschließlich vom Vater abhängt und zudem häufig als Vorruhestandsgeld und nicht als Lohn empfangen wird, Hypothesen über das Verhalten der Jugend und das Verhältnis der Generationen zu. Die Erfahrungswelt der Familienväter/Ernährer beruht auf harter Industriearbeit und kollektiven Lebenszusammenhängen in Vereinen und Gewerkschaften. Die Jugendlichen ohne stabile Arbeitsperspektive streben nach schnellem Geld und individuellem Konsum. Die für ihre Väter identitätsbildende Erfahrung, daß Geld durch harte Arbeit verdient werden muß, scheint für viele Jugendliche immer weniger zu gelten. Woher das Geld kommt, ist egal, Hauptsache schnell und viel – so charakterisiert die ältere Generation

die Haltung der Jugend. Dem entspricht ein ebenso instabiles Freizeit- und Sozialverhalten ohne feste institutionelle Bindungen.

Die auseinanderstrebenden Erfahrungswelten spiegeln sich auch im unterschiedlichen Drogenkonsum wider, der bei den Jugendlichen zunehmend aus dem sozialen Kontrollbereich herausfällt und zum sozialen Problem mit Folgen wie Delinquenz und Therapiekosten wird. Alkohol spielte in der asturianischen Arbeitswelt stets eine wichtige Rolle, war durch den gemeinschaftlichen Konsum kontrolliert und widersprach nicht der Orientierung an guter, ordentlicher Arbeit. Inzwischen sind die illegalen Drogen weit in die Jugendkultur selbst kleinerer Städte vorgedrungen, stellen Familien, Stadtverwaltungen und Polizei gleichermaßen vor Probleme.

Die Familien und insbesondere die Frauen und Mütter werden durch neue Belastungen überfordert. Einerseits verlieren sie ihre für die Jugendlichen orientierende Kraft hinsichtlich zukünftiger Lebensentwürfe, andererseits bildet die Familie das soziale und ökonomische Rückzugsfeld, in dem immer mehr Erwachsene (neben den Müttern erwachsene Kinder und arbeitslose/frühverrentete Väter) ständig zusammen sind. Daraus ergibt sich eine Vielzahl von Spannungs- und Konfliktfeldern für alle Beteiligten.

Auch innerhalb der schrumpfenden aktiven Arbeiterschaft macht sich eine wachsende Unsicherheit und Orientierungslosigkeit breit. Seit Jahren bekommt sie vorgerechnet, daß sie trotz noch so harten individuellen Einsatzes ökonomisch überflüssig und unproduktiv sei. Die Qualifikation wird objektiv wie subjektiv entwertet. Zur selben Zeit stoßen lang geübte solidarische Aktionen und Organisationsformen an die Grenzen einer übermächtigen, internationalen Realität des Konkurrenzkampfes um Marktanteile. Die Unternehmensleitungen werden als unfähig, überbürokratisiert und nur auf den eigenen Vorteil bedacht wahrgenommen. Dies überträgt sich zum Teil auf Gewerkschaften und politische Parteien, die mit den Unternehmensbeamten unter einer Decke stecken. So bleibt für viele als einzige, resignative Strategie das möglichst lange Überleben in einer zunehmend funktionslosen Mikrowelt übrig.

Die Kulturen der Bergbautäler und der Industriestädte weisen trotz gemeinsamer Industriearbeitertraditionen deutliche Unterschiede auf. Die Erfahrungen des unaufhaltsamen Niederganges sind in den Kohletälern umfassender, der Bevölkerungs- und Bedeutungsverlust unmittelbar erfahrbar. Die Küstenstädte zeigen zwar ebenfalls deutliche Krisensymptome wie Arbeitslosigkeit und Jugendkriminalität, entwickeln jedoch neue Aktivitäten im Dienstleistungssektor, sind Ziele regionaler Binnenwanderung und erweisen sich in vieler Hinsicht als flexibler und vielfältiger. Umgekehrt fehlt ihnen die innere Geschlossenheit und Solidarität der Bergbautäler.

Die kulturellen Gegensätze und unterschiedlichen Erfahrungswelten setzen sich um in interne Blockaden der politischen und sozialen Akteure. Extreme Fraktionierung und Spaltung, Klientelismus und Lokalismus verhindern eine kohärente regionale Erneuerungsstrategie. Dies wird noch verstärkt durch eine angewachsene Bürokratisierung der Gesellschaft, in der die öffentliche Verwaltung und die dominanten Staatsbetriebe eng miteinander verflochten sind. Verhindert wird dadurch die Bildung einer zivilen Bürgerkultur und einer innovativen Unternehmerschaft. Die sozialen und politischen Institutionen sowie die Führungspositionen in der staatlichen Verwaltung sind von

einem Sektor der Bevölkerung besetzt, dessen Einstellung von den niedergehenden staatlichen Industriesektoren geprägt ist. Demgegenüber stehen kaum organisierte nachgewachsene wirtschaftliche Sektoren, die weder genügend Kraft noch Phantasie zur institutionellen Erneuerung entwickeln können und an dem Beharrungsvermögen der Apparate früh abprallen.

Die Dominanz des öffentlichen Sektors prägt das Alltagsbewußtsein der Bevölkerung. Der Staat wird einerseits für die gesamte Misere verantwortlich gemacht, andererseits ist er fast ausschließlicher Forderungsadressat. So kommt es zu vorübergehenden Allianzen zwischen der Arbeiterschaft, Teilen der privaten Unternehmerschaft und sozialer Institutionen wie den Kirchen bei Mobilisierungen gegen die Marginalisierung der Region, so geschehen bei den vergangenen regionalen Generalstreiks. Inhalt dieser punktuellen regionalen Allianz ist der Appell an einen Staat und eine Regierung, die sich ihrerseits den Problemen gegenüber zunehmend ohnmächtig sieht. Der öffentliche Diskurs der Regierung gibt nun seinerseits die Verantwortung zurück an die Bevölkerung, indem er an deren Initiative und Zukunftsglauben appelliert, ohne dabei konkrete Handlungsorientierungen anbieten zu können. Hierin liegt eine weitere gegenseitige Blockade, die darüber hinaus zu einer fortschreitenden Distanz zwischen Bevölkerung und politischer Klasse beiträgt.

Das durchaus vorhandene asturianische Regionalbewußtsein wird überlagert von einem Lokalismus, der sich vielfach in kommunalen und sektoralen Rivalitäten im Kampf um die knappen, in der Regel öffentlichen Ressourcen äußert. Obwohl die Nachbarregionen, beispielsweise Galizien und Kantabrien, durchweg ähnliche Strukturprobleme haben, werden keine gemeinsamen Strategien, Institutionen und Programme entwickelt. In sich gespaltene Regionen haben nach außen keine Kraft zur Koordinierung und Kooperation, was ihre Artikulationsschwäche und Marginalisierung noch weiter befördert.

Die Staatsorientierung wird ergänzt durch ein Mißtrauen gegenüber dem privaten Unternehmertum, mit dem die Menschen in der Region in der Vergangenheit bis zu dessen weitgehendem Rückzug in den 60er Jahren sehr negative Erfahrungen machten. Die aktuelle Schwäche der asturianischen Unternehmerschaft bestätigt dieses Negativurteil. Auf der anderen Seite zeigen die historischen Beispiele der revolutionären Ansätze 1934 und 1936 – der von einer Volksfront getragene Aufstand in Asturien und die Soziale Revolution zu Beginn des Bürgerkrieges -, wie Versuche einer Selbstorganisation der asturianischen Arbeiterklasse schnell und brutal zerstört wurden, ohne danach jemals wieder aufzusehen. So erwächst dem handlungsschwachen Staat weder durch Eigeninitiative der Bevölkerung noch durch Fremdinitiative inländischen oder ausländischen Kapitals eine ernsthafte Alternative.

Zusammenfassend kann man von Forschungshypothesen sprechen, die auf die Untersuchung eines kompliziert verwobenen Geflechts von Teufelskreisen zielen, die eine Dynamisierung und Aktivierung dieser nicht nur altindustriellen, sondern in vieler Hinsicht marginalisierten Region blockieren. Daß dabei im Verlauf des Forschungsganges Ansätze zum Durchbrechen dieser interdependenten Blockadekonstellation gerade auch im Bewußtsein der Betroffenen aufgespürt werden können, ist nicht nur nicht auszuschließen, sondern darüber hinaus auch erwünscht.

(Der Beitrag beruht zu einem großen Teil auf Archivarbeiten, Daten der asturianischen Gesellschaft für Statistik SADEI und den bisher durchgeführten Interviews mit Regionalpolitikern, Beschäftigten der Wirtschaftsförderungsgesellschaften, Gewerkschaftern, Betriebsräten, Vertretern von Bürgerinitiativen.)

Literatur

- Benito del Pozo, Paz: Asturias como región de tradición industrial en declive, in: Estudios Territoriales 35 (1991), S. 201-218
- Ders.: El espacio industrial en Asturias, Oikos Tau 1992
- Comisiones Obreras de Asturias: La realidad de los mecanismos de reindustrialización en Asturias, Oviedo 1993
- Concejo Económico y Social del Principado de Asturias: Informes sobre la situación económica y social del Principado de Asturias
- Fernández de Pinedo, Emiliano/Hernández Marco, José Luis: La industrialización del norte de España, Crítica, Barcelona 1988
- Girón Garrote, José: La Transición a la democracia, in: Caja de Ahorros de Asturias: Historia de Asturias Vol. IV, Oviedo 1990, S. 889-904
- Ders.: El camino hacia la autonomía, in: Caja de Ahorros de Asturias: Historia de Asturias Vol. IV, Oviedo 1990, S. 925-929
- Gutiérrez, Rodolfo/García Blanco, José María: El declive industrial de las cuencas mineras asturianas: una aproximación sociológica, in: Abaco 4 (1988)
- Ders.: El declive de las áreas de antigua industrialización. Un análisis sociológico del caso asturiano, in: Sociología del Trabajo 8 (1989), S. 3-29
- Gutiérrez, Rodolfo/Vázquez, Juan: La gestión del declive minero, in: Revista de Economía 11/1991, S. 89-93
- Dies.: Análisis comparativo del declive de las comarcas mineras en la CEE, mimeo, Universidad de Oviedo 1991
- Hesse, Jens Joachim (Hrsg.): Die Erneuerung alter Industrieregionen: Ökonomischer Strukturwandel und Regionalpolitik im internationalen Vergleich, Baden Baden 1988
- Köhler, Holm-Delev: Spaniens Gewerkschaftsbewegung. Demokratischer Übergang – Regionalismus – Ökonomische Modernisierung, Münster 1993
- Morales Matos, Guillermo (Dir.): Geografía de Asturias, Ed. Prensa Asturiana, 4 Bände, Oviedo 1992
- Ojeda, Germán/Vázquez García, Juan: La economía, in: Ayalga ed.: Historia de Asturias. Edad contemporánea, Vol. III, 1988 S. 91-143
- Rodríguez Gutiérrez, Fermín 1993, Y Mientras Tanto, Qué Hacemos? Ideas para cambiar la cara a un valle minero: Turón, in: Abaco 2/1993, S. 61-67
- Ruiz, David y o.: Asturias contemporánea 1808 – 1975, Siglo XIX, Madrid 1981
- Vázquez, Juan/Ojeda, Germán (Dir.): Historia de la Economía Asturiana, Ed. Prensa Asturiana, 4 Bände, Oviedo 1994